

Süddeutsche Zeitung 27. Mai 1997

„Widerliche Details geschildert“

Staatsanwältin sieht Angeklagte des Kindesmißbrauchs überführt

Mainz (dpa) - Haftstrafen zwischen sieben und 15 Jahren hat die Staatsanwaltschaft für die elf verbliebenen Angeklagten im bundesweit größten Prozeß um Kindesmißbrauch gefordert. Trotz Freisprüchen für bislang 13 Angeklagte sah Staatsanwältin Heike Finke in ihrem Plädoyer am Montag vor dem Landgericht Mainz 88 Fälle von Kindesmißbrauch als erwiesen an. Die Beschuldigten in diesem letzten Verfahren sollen in den Jahren 1991 bis 1993 16 eigene oder verwandte Kinder sexuell mißbraucht und mißhandelt haben. Die Kinder waren zu dieser Zeit zwischen sechs Monate und neun Jahre alt.

Die Kinder hätten widerliche Taten detaillreich und übereinstimmend geschildert, sagte Finke. An ihren Aussagen sei nicht zu zweifeln. Zudem wiesen Verletzungen an Geschlechts teilen und am Po von neun Kindern auf Vergewaltigungen hin. „Es handelt sich nicht um normale Sexualpraktiken, sondern um ganz abscheuliche Praktiken, die die Kinder über sich ergehen lassen mußten“, betonte die Staatsanwältin. Sie würden unter den Folgen noch jahrzehntelang leiden.

Allein dem 33 Jahre alten Hauptangeklagten werden 71 Einzeltaten zur Last gelegt. Die Einzelstrafen dafür summieren sich auf 354 Jahre Gefängnis, rechnete Finke vor. Seine ein Jahr jüngere Frau habe 61 Taten begangen, die zusammengezählt 221 Jahre Haft erforderten. Die Anklage beantragte für beide jeweils die mögliche Höchststrafe von 15 Jahren. Insgesamt waren in dem Prozeß 25 Menschen - meist nahe Verwandte der Kinder - angeklagt gewesen. 13 von ihnen wurden seit Dezember freigesprochen.